



### Presseschau vom 16.01.2019

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

#### de.sputniknews.com: **Poroschenko nennt sein Ziel für die nächsten fünf Jahre**

Die Ukraine soll in den nächsten fünf Jahren ihre uneingeschränkte Energieunabhängigkeit erlangen. Das erklärte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko am Dienstag in Kiew. Das sei sein Ziel für die nächsten fünf Jahre.

„Wir müssen den eigenen Bedarf mit eigenem Erdgas decken“, betonte er.

Anfang 2018 hatte Poroschenko bereits die Energiesicherheit der Ukraine verkündet. Dank einem Beschluss des Stockholmer Schiedsgerichts habe sich das Land aus den Fangarmen von Gazprom befreien können, sagte er.

Die eigene Gasproduktion in der Ukraine reicht nicht für die Deckung des Bedarfs der Ex-Sowjetrepublik aus. Die meisten Mengen bezieht Kiew in Europa. Das ist im Grunde genommen das gleiche russische Gas, das die Ukraine aber wesentlich teurer bekommt.

#### de.sputniknews.com: **„Gelbwesten“ in Berlin: „Feindbild Russland fahrlässig“ – deutsche Hilfe für Donbass**

Trotz eisiger Kälte versammelten sich am Montagabend Dutzende Friedens-Aktivisten – teilweise Gelbwesten tragend – in Berlin vor dem Brandenburger Tor, um für Frieden in der Ukraine zu protestieren.

„Wir sind eine Menschheit und haben nur einen Planeten“, betonte ein Organisator. Eine Hilfs-Organisation erklärte, wie sie den Menschen im Donbass hilft.

„Wir haben nur eine Erde und wir sollten wirklich alle probieren, die zu erhalten“, sagte Jürgen Möbius, Mit-Organisator der Friedensaktivisten der Berliner Mahnwache, am Montagabend vor dem Brandenburger Tor im Sputnik-Interview. Dort wurde zu einer „Sondermahnwache zum Ukraine-Konflikt“ geladen.

„Wir werben für den Frieden, wir leben den Frieden“, betonte er. „Wir müssen uns wirklich als Menschen verstehen, die für den Frieden auf die Straße gehen. Wir sollten uns nicht spalten lassen durch Krieg oder durch irgendwelche Machtstrukturen. Denn: Mit Krieg kann man sehr gut schnell Geld verdienen.“ Diesen Umstand kritisierte er zutiefst.

Auf der Demo zeigten sich viele der Demonstranten in gelbe Westen gekleidet, aus Solidarität mit den seit Monaten anhaltenden „Gelbwesten“-Protesten in Frankreich.

Friedensaktivist Möbius erinnerte an die „schrecklichen Bilder“ aus dem Ukraine-Konflikt. Solche wurden zuvor in einer Video-Präsentation gezeigt: Tote und verwundete Ukrainer, darunter auch Kinder. Zerstörte und verwüstete Häuser und Straßen. „Aber egal ob die Ukraine, Syrien oder Jemen: Es gibt leider Gottes zu viele Konfliktherde auf dieser Welt. Die Ukraine ist nur einer davon, natürlich genauso wichtig. Auch die Menschen in Kiew – da leben auch Kinder – wollen Frieden haben.“ Er versinnbildlichte folgendes Muster: „Alte Leute schicken junge Männer in den Krieg. Immer wieder.“ Aber der überwiegende Teil der Ukrainer wünsche sich Frieden.

Militarisierung und Waffengeschäfte lehne er entschieden ab. „Wir könnten mit dem Geld viel sinnvollere, sozialere Projekte machen. Überhaupt für die Menschheit viele gute Sachen machen.“ Er betonte zuvor in seiner Rede, inwiefern „uns Flaggen und Nationen als Menschen trennen“. Mit Blick auf die Ukraine sagte er: „Der Donbass gehört zu den dortigen Provinzen, die massiv beschossen werden.“

#### *Internationale Spenden für den Donbass*

An der Friedensdemo nahmen auch Vertreterinnen der gemeinnützigen Hilfsorganisation „Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe“ mit Sitz in Wandlitz teil. Die Vize-Vorsitzende Friederike Schlegel hielt eine Rede, in der sie erklärte, wie ihre Organisation seit Frühjahr 2016 direkte Hilfe für Menschen im Donbass vor Ort leiste. Finanziert werde das ganze über Spenden aus Deutschland, Österreich, der Schweiz – und es gingen auch internationale Spenden ein. Diese Gelder würden nicht nur Menschen im Donbass, sondern auch Leuten auf der Balkanroute, in Serbien oder anderen osteuropäischen Ländern helfen.

„Wir haben täglich Kontakt mit den Leuten im Donbass“, erklärte Liane Kilinc, die Vorsitzende des Vereins „Friedensbrücke – Kriegsofferhilfe“ gegenüber Sputnik. „Das sind Administrationen, Bürgermeister, Ministerien, Schuldirektoren, Kindergärten. Wir bekommen Anfragen und arbeiten nach Bedarf. Uns wird ganz klar gesagt, was die Leute dort brauchen. Zurzeit haben wir die Aktion ‚Kohle für den Donbass‘.“ Damit im Winter Öfen beheizt werden können. „Damit die Menschen dort nicht frieren. Wir haben Projekte, die ständig laufen. Die Nähwerkstatt zum Beispiel. Wir möchten uns allerdings mehr konzentrieren auf die Hilfe zur Selbsthilfe. Das hat etwas mit Menschenwürde und Selbstachtung zu tun.“

#### *„Friedensbrücke“: Über 4.000 Kinder gerettet*

Es gebe dabei viele bürokratische Probleme zu überwinden. „Wir müssen mit den Behörden vor Ort Absprachen treffen. Wir haben seit der Ermordung von Alexander Sachartschenko (dem früheren Chef der selbsterklärten ‚Volksrepublik Donezk‘ – Anm. d. Red.) natürlich andere Auflagen. Wir müssen jede Aktivität mit dem Militär absprechen, müssen uns immer wieder neu akkreditieren.“ Aber das diene auch der Sicherheit, „damit wir die Projekte vor Ort durchführen können“. Der Donbass sei letztlich eine rohstoffreiche und damit stark von verschiedenen Interessen umkämpfte Provinz. Beispielsweise Erz komme häufig in der Industrieregion vor.

„Unser Projekt begann mit der Zielsetzung der Evakuierung der Kinder“, erinnerte die Vorsitzende Kilinc. Die Organisation wollte diese 2014 nach Ausbruch des Konflikts „aus den Beschusszonen“ herausholen. Bis jetzt konnte die „Friedensbrücke“ über „4.200 Kinder in die

Friedens-Camps am Asowschen Meer, in Rostow am Don, in Krasnodar und in andere Orte bringen“ und somit retten oder zumindest aus dem Kriegsgebiet herausholen.

Einige Erlöse durch Bücherverkäufe am Montagabend am Stand der Hilfs-Organisation gehen nun direkt an die Donbass-Hilfe, beteuerte Vereinschefin Kilinc abschließend. Spenden seien zudem stets willkommen.

*Montagsmahnwache-Begründer: „Jeder kann Veränderung bewirken“*

„Jeder einzelne Mensch kann eine positive Veränderung in der Welt bewirken“, sagte Lars Mährholz in seiner Rede. Der Begründer und „Erfinder“ der Montagsmahnwachen zeigte sich „überwältigt“ von der Motivation der heutigen Friedensbewegung in Deutschland – nicht nur der in Berlin –, und lobte auch alternative Medien wie die „NachDenkSeiten“. Diese würden einen „sehr guten Job“ machen, weil sie wahrheitsgemäße Informationen für die Menschen bereitstellen würden. Insbesondere im Fall der Ukraine-Krise sei dies wichtig. „Solange uns die Menschlichkeit miteinander verbindet, ist es egal, was uns trennt“, betonte er.

In der Ukraine unterstütze die deutsche Bundesregierung „faschistische Kräfte“, erklärte Mährholz im anschließenden Sputnik-Interview. „Unsere Regierung trifft sich mit denen und macht Geschäfte. Das ist für mich ein unerträglicher Zustand. Ich finde es zudem grob fahrlässig, ein Feindbild Russland aufzubauen. Wir sollten als große Menschheitsfamilie alle friedlich zusammenleben.“

*Möbius spricht nochmals am Ende*

„Wir stehen solidarisch immer für die, die Frieden wollen“, so Mit-Organisator Möbius.

„Frieden ist natürlich ein großes Wort: Das muss ausgefüllt werden. Aber wir müssen miteinander reden, anders geht's nicht. Manchmal kommen auch US-Amerikaner, Touristen, zu unseren Ständen bei den Demos. Ich denke mal, wir kriegen noch viel mehr Menschen hier auf die Straße. Weil sie mitbekommen: Das ist eine friedliche Veranstaltung.“ „,

**ukrinform.ua: Petro Poroschenko trifft sich mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka**

Der ukrainische Staatschef Petro Poroschenko hat sich mit dem österreichischen Nationalratspräsidenten, Wolfgang Sobotka, getroffen. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die humanitäre Lage im Donbass, die Freilassung ukrainischer Marinesoldaten und Risiken der Gaspipeline Nord Stream 2, meldet die Pressestelle des Präsidenten der Ukraine.

Poroschenko betonte im Gespräch das Engagement Österreichs für die Verbesserung der humanitären Lage in den von den russischen Besatzungstruppen befreiten Gebieten, heißt es.

„Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Thema der Freilassung der ukrainischen Geiseln und Militärangehörigen, die rechtswidrig in russischen Gefängnissen inhaftiert sind, geschenkt. Erörtert wurden auch die Risiken für die Energiesicherheit der Europäischen Union durch die Pipeline Nord Stream 2.“

Nach Angaben der Pressestelle wurde auch die Intensität des politischen Dialogs auf höchster Ebene und das gegenseitige Interesse an der Vertiefung der parlamentarischen Beziehungen betont. Poroschenko unterstrich die grundsätzliche Position Österreichs während des EU-Ratsvorsitzes bei der Verlängerung der Russland-Sanktionen als Antwort auf die Blockade des Friedensprozesses im Donbass durch Moskau, auf die weitere Besetzung der Halbinsel Krim und die Aggression im Schwarzen Meer und in der Straße von Kertsch.

**de.sputniknews.com: Ukrainischer General verrät neuen Plan für Passage durch Straße von Kertsch**

Der Veteran der ukrainischen Aufklärung, Generalleutnant Wassili Bogdan, hat gegenüber dem ukrainischen Portal Fakty einen möglichen weiteren Versuch der Passage ukrainischer Schiffe durch die Straße von Kertsch kommentiert.

Bei einem neuen Durchfahrt-Versuch wird die Ukraine demzufolge „besser vorbereitet“ sein. „Diesmal werden uns Schiffe der Nato und der OSZE begleiten. Es bestehen bereits

entsprechende Absprachen“, so Bogdan.

Russland würde gezwungen, die ukrainischen Schiffe durchzulassen, um „die Situation nicht zu verschlimmern“. Ein Datum der möglichen Operation nannte der Generalleutnant jedoch nicht. „Alles zu seiner Zeit“, zitiert das Portal den Ukrainer.

Früher wies der Vize-Regierungschef der Republik Krim, Georgi Muradow, darauf hin, dass beim Passieren der Straße von Kertsch „übliche internationale Regeln“ gelten. Die ukrainischen Behörden wollten jedoch „nichts davon hören“ und gefährdeten mit ihren Statements die Sicherheit in der Straße von Kertsch...



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32360/69/323606901.jpg>

**vormittags:**

ukrinform.ua: **Eltschenko bespricht Situation im Donbass mit neuer OCHA-Chefin Alice Sequi**

Wolodymyr Jeltschenko, Ständiger Vertreter der Ukraine bei den Vereinten Nationen hat ein Treffen mit der neuen Chefin der ukrainischen Abteilung des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), Alice Sequi, durchgeführt.

Das geht aus der Mitteilung der Ständigen Vertretung der Ukraine in der UNO auf Twitter hervor.

Im Mittelpunkt des Treffens standen humanitäre Bedürfnisse im Donbass.

"Die Ukraine ist dem UN OCHA für seine Bemühungen zwecks der Verbesserung der schwierigen Lage dankbar, in die Einwohner der Ostukraine wegen der russischen Militärangriffe gerieten", heißt es in der Mitteilung.

Laut der jüngsten UN-Information bräuchten knapp 3,5 Millionen Menschen im Osten der Ukraine Hilfe. Seit dem Kriegsbeginn 2014 sind im Raum der Kampfhandlungen über 3.000 Zivilisten ums Leben gekommen. Das UN-Büro für die Koordinierung humanitärer

Angelegenheiten beschäftigt sich mit Unterstützung der Zivilbevölkerung im Donbass, humanitäre Hilfe geleistet und die Menschen in Not unterstützt zu haben.

### de.sputniknews.com: **Auswanderungsland: Ukraine nach Euromaidan demografisch im freien Fall**

Unter den vielen Problemen der Ukraine sticht eins hervor, das dem Land in besonderem Maße die Substanz raubt. Doch das gesellschaftliche Drama findet im westlichen Mainstream kaum Beachtung.

Vor fünf Jahren, als sich zunächst in Kiew und später auf der Krim und in der Ostukraine turbulente Ereignisse abspielten, beherrschte die Ukraine die Schlagzeilen in Deutschland. Seit jedoch der Donbass durch das Minsk-Abkommen aus intensiven Kriegshandlungen in einen mehr oder weniger Frozen Conflict wechselte, ist die Ukraine nach und nach aus dem Medienfokus verschwunden und findet nur noch vereinzelt Erwähnung, auch wenn sie ein Hauptstreitpunkt in den Beziehungen zwischen dem Westen und Russland bleibt.

Ohne große Freude und mit deutlich gesunkenem Interesse berichten westliche Medien, die zuvor enthusiastisch die sogenannte Revolution der Würde unterstützten, ab und zu über schleppende Reformen, unverändert hohe Korruption oder gar Drohungen gegen westliche Journalisten, wie zuletzt gegen den Österreicher Christian Wehrschütz. Doch ein Thema scheint so gut wie unbeachtet zu bleiben, obwohl sich im Land dramatische Dinge abspielen.

Die seit der Unabhängigkeit 1991 voranschreitende Entvölkerung des Landes hat sich nach der sogenannten Revolution der Würde 2014 dramatisch beschleunigt. Die nach Russland bevölkerungsreichste Republik der Sowjetunion zählte zum Zeitpunkt der Erlangung ihrer Unabhängigkeit ca. 52 Millionen Einwohner. In der Folge begann allerdings ein stetiger Bevölkerungsrückgang, so dass das Land zum Zeitpunkt der sogenannten Revolution der Würde nach allgemeinen Schätzungen nur noch 45,5 Millionen Einwohner hatte.

Unter den neuen proeuropäischen Machthabern verschlimmerte sich dieser Trend. Nicht nur, dass bedeutende Bevölkerungsteile auf der Krim (2,3 Millionen Menschen) und im Donbass (heute 3,8 Millionen Menschen) Kiew die Gefolgschaft verweigerten. Auch der natürliche Bevölkerungsrückgang, also der negative Saldo der Geburten- und Sterbezahlen, hat sich seither vergrößert, so dass die Ukraine heute sowohl relativ als auch in absoluten Zahlen zu den globalen Spitzenreitern dieser traurigen Statistik gehört

Hinzu kommen die vielen Flüchtlinge, die entweder aus der Ostukraine oder aber aus anderen Regionen der Ukraine vor Krieg oder Verfolgung ins Ausland (zumeist nach Russland) geflohen sind. Durch die jüngsten Initiativen der russischen Gesetzgeber, den Erhalt der russischen Staatsbürgerschaft für Ukrainer zu erleichtern, dürfte die Zahl der Übersiedler nach Russland in Zukunft noch weiter zunehmen.

Doch den Hauptanteil am Bevölkerungsschwund machen heute die vielen Gastarbeiter aus, die sich im Zusammenhang mit der miserablen Arbeits- und Lohnsituation (die Ukraine ist nach Angaben des IWF im Jahr 2017 zum ärmsten Staat Europas geworden) daranmachen, Geld im Ausland zu verdienen. Zuletzt hat das ukrainische Ministerium für Sozialpolitik dramatische Zahlen veröffentlicht: 3,2 Millionen Ukrainer arbeiten dauerhaft im Ausland, während weitere neun Millionen darauf angewiesen sind, vorübergehend außerhalb der Heimat einen – meist wenig qualifizierten – Job zu finden. Die Gesamtzahl der arbeitsfähigen Bevölkerung des Landes bezifferte das Ministerium auf 24 Millionen, so dass man davon sprechen kann, dass ca. jeder zweite Bürger im arbeitsfähigen Alter heute in unterschiedlichem Maße als Gastarbeiter auftritt.

Dieses zeitgenössische ukrainische Massenphänomen wird von den Politikern des Landes oft als ein Grund für den Nationalstolz präsentiert. Für sie selbst ist es in der Tat vorteilhaft, wenn so der Druck aus dem sprichwörtlichen Kessel genommen wird und Milliardenbeträge durch Überweisungen an die Familien ins Land strömen. Allerdings stellt dieses Phänomen in Wahrheit eine vielschichtige soziale Katastrophe dar, bei der Familien dauerhaft getrennt

werden und dem Land selbst die Arbeitskräfte nicht zur Verfügung stehen. Und auch wenn viele Gastarbeiter zurückkommen, ist der Anteil derer, die mit Absicht oder durch zufällige Lebensumstände für immer in anderen Ländern Wurzeln schlagen, beträchtlich. Die wichtigsten Zielländer für die ukrainische Arbeitsmigration sind Polen, Russland und zunehmend auch Deutschland.

Zählt man alle Effekte zusammen, ergibt sich für die Ukraine ein sehr düsteres demografisches Bild. Manche Stimmen warnen bereits, dass sich auf dem Gebiet, das heute unter Kiew Kontrolle steht, im Schnitt sogar unter 30 Millionen Menschen befinden könnten. Und auch wenn diese Schätzungen zu den pessimistischeren gehören, geht der Trend mit den Jahren sicherlich in diese Richtung. Eine Volkszählung zögert die Regierung indes aus Angst immer weiter hinaus. Die letzte wurde im Jahr 2001 durchgeführt.

**lug-info.com: In den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen dreimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von Donezkij, Kalinowka und Shelobok Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen, darunter großkalibrigen.**

**de.sputniknews.com: Putin warnt vor Eskalation im Kosovo und staunt über EU**

Wladimir Putin hat die Entscheidung des selbsterklärten Kosovo, eine eigene Armee zu gründen, verurteilt und der EU ein „passives“ Verhalten vorgehalten. Eine Kosovo-Armee, die von den Serben als Bedrohung empfunden werde, könnte die Lage eskalieren lassen, warnt der russische Präsident.

Die vom Parlament in Pristina beschlossene Transformation der Streitkräfte in eine Armee könne laut Russlands Präsident Wladimir Putin zu neuen Spannungen in der Region führen. Moskau sei erstaunt, wie gelassen die EU diese Entscheidung aufgenommen habe.

„Die recht passive Reaktion der Europäischen Union hat uns erstaunt“, sagte Putin in einem Interview für serbische Medien anlässlich seines bevorstehenden Besuchs in Belgrad. „Denn die in dieser Provinz lebenden Serben nehmen diesen Schritt als eine direkte Bedrohung wahr. Außerdem birgt er ernsthafte Risiken einer Verschärfung der Lage in der Region.“

Laut dem Kremlchef liegt es „kaum im Interesse der EU, bei solchen einseitigen Aktionen, die das Völkerrecht grob verletzen, wegzuschauen. Besonders dann nicht, wenn Brüssel auch weiterhin zwischen Belgrad und Pristina vermitteln will.“

Das Parlament im Kosovo hatte im Dezember den Aufbau einer eigenen Armee beschlossen. Die serbische Minderheit boykottierte die Abstimmung.

Das Kosovo selbst ist nur teilweise anerkannt. Diese mehrheitlich von Albanern bewohnte südserbische Provinz hatte 2008 mit Rückendeckung westlicher Staaten ihre Unabhängigkeit ausgerufen. Der rechtliche Status der Region ist immer noch umstritten. Serbien erkennt die Abtrennung nicht an. Die UN-Vetomacht Russland erklärte schon damals, sie werde nur eine Lösung mit Serbiens Zustimmung mittragen.

Obwohl mehr als die Hälfte der 192 UN-Nationen den Kosovo als unabhängigen Staat anerkannt hat, verpflichtet die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates alle UN-Mitgliedsstaaten zur Wahrung der „Souveränität und Integrität der Bundesrepublik Jugoslawien“, deren Rechtsnachfolger Serbien ist.

**Mil-Inr.info: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR**

**Die ukrainischen Streitkräfte missachten die Normen des internationalen humanitären Rechts und verwenden verbotene Methoden der Kriegsführung.**

**Vertreter der OSZE-Mission haben die Vorbereitung einer Diversion gegen die friedliche Bevölkerung der LVR durch die ukrainischen Streitkräfte festgestellt.**

So haben die Beobachter der OSZE-Mission in ihrem Bericht auf eine Information über zwei quadratische Holzkisten dunkelgrüner Farbe mit daran befestigten Leitungen verwiesen, die am Metalltor der Schleuse an der nördlichen Seite des Mironowskij-Stausees nicht weit vom Checkpoint der ukrainischen Streitkräfte befestigt waren. Soldaten der ukrainischen Streitkräfte haben die Tatsache der Verminung der Schleusen bestätigt.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und der internationalen Rechtsschutzorganisationen darauf, dass eine **Sprengung der Schleuse des Stausees** zu einer Erhöhung des Wasserstandes des Flusses Lugan führen und eine Überschwemmung der Ortschaften Troizkoje, Kalinowo, Irmino und Perwomajsk hervorrufen wird, was eine große Zahl von Opfern unter der friedlichen Bevölkerung, eine ökologische und humanitäre Katastrophe auf dem gesamten Territorium der Republik nach sich ziehen wird.

de.sputniknews.com: **Russische Werften auf Krim bauen künftig Schiffe für Syrien**

Auf dem Gelände der russischen Werften auf der Halbinsel Krim können Schiffe und Boote im Auftrag der syrischen Behörden gebaut werden. Das erklärte am Dienstag der Handelsminister der Krim, Andrej Wasjuta.

„Zu den potenziellen Bereichen der Zusammenarbeit gehören der Bau von kleinen und großen Schiffen und Motorbooten aus Kompositmaterialien (...) sowie Schiffsreparaturen“, wird Wasjuta von seinem Pressedienst zitiert.

Eine weitere handelspolitische Kooperation sei auch bei der Lieferung und Montage von Schnellbahngleisen möglich.

Im Oktober war eine Delegation der Republik Krim nach Damaskus gefahren, um Gespräche zu führen und Abkommen über eine wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit abzuschließen.

Im Rahmen des zweitägigen Besuchs hatten der syrische Minister Samir al-Khalil und der Regierungschef der Krim, Sergej Aksjonow, ein Memorandum über die wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet.

Dnr-sckk.ru: **Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 15. Januar 3:00 bis 16. Januar 3:00**

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 9.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse. Es handelt sich ausschließlich um Beschüsse mit Schusswaffen mit einem Kaliber unter 12,7mm; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Jasinowataja, Shabitschewo, Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks, Alexandrowka), Staromichajlowka.

Opfer unter den friedlichen Bürgern und Schäden an ziviler Infrastruktur wurden bisher nicht festgestellt.

In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 95.

Ab 01:01 am 29. Dezember 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feuereinstellung im Zusammenhang mit den Neujahrs- und Weihnachtsfeiertagen in Kraft.

de.sputniknews.com: **Putin erinnert an Bombardement Jugoslawiens: Noch mehr Nato auf Balkan schadet Europa**

Die Verstärkung der Nato führt laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zu einer zunehmenden Spannung in Europa und schafft Trennungslinien. Er erklärte dies im Vorfeld seines Serbien-Besuches.

„Wir haben ebenfalls mehrfach erklärt, dass wir den Kurs auf die Nato-Erweiterung als ein Überbleibsel des Kalten Krieges, als eine fasche und destruktive militärpolitische Strategie betrachten“, sagte Putin im Interview mit den serbischen Ausgaben „Politika“ und „Večernje novosti“.

Die gegenwärtigen Versuche der Allianz, ihre Präsenz auf dem Balkan zu verstärken, schaffe lediglich „Trennungslinien auf dem europäischen Kontinent, verletzt grob das Prinzip der unteilbaren Sicherheit“.

„Letztendlich führt das alles nicht zur Festigung der Stabilität, sondern zur Minderung des Vertrauens und zur Zunahme der Spannung in Europa“, sagte der russische Staatschef.

Putin verwies darauf, dass „die Nato bereits im Jahr 1999 – ohne Zustimmung des UN-Sicherheitsrates – zweieinhalb Monate lang Jugoslawien bombardiert, das Autonome Gebiet Kosovo gewaltsam abgetrennt hatte, und im Jahre 2008 hatten Washington und seine Bündnispartner die nicht legitime Ausrufung der Unabhängigkeit des Kosovos unterstützt“. Im Jahr 2017 sei Montenegro, entgegen der Meinung der Hälfte seiner Bevölkerung, in die Nato integriert worden. Man habe sich gefürchtet, ein Referendum zu dieser Frage durchzuführen – und so erlebe das Land nun eine Periode der politischen Instabilität, fuhr Putin fort.

Russlands Präsident Wladimir Putin trifft am 17. Januar zu einem Besuch in der serbischen Hauptstadt Belgrad ein.

**Dnr-online.ru: Kommentar Darja Morosowas im Vorfeld des ersten Treffens in Minsk im Jahr 2019**

In Minsk wird am 17. Januar die erste Sitzung der humanitären Untergruppe der dreiseitigen Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass im Jahr 2019 stattfinden. Im Vorfeld des Treffens äußerte die Bevollmächtigte für Menschenrechte in einem offiziellen Kommentar die Hoffnung darauf, dass die Arbeit im neuen Jahr fruchtbare Änderungen bringen wird und die DVR dank einer konstruktiven Zusammenarbeit die Lösung alle Frage der Tagesordnung erreichen wird.

„Die wichtigste Priorität der Arbeit der humanitären Untergruppe in diesem Jahr ist die Organisation des Austauschs der festgehaltenen Personen im Formal „alle festgestellten gegen alle festgestellten“. Eine notwendige Bedingungen dafür ist die Anwesenheit von bevollmächtigten Vertretern der ukrainischen Seite auf den Treffen.

Außerdem bleibt auch die Organisation der gemeinsamen Suche nach Vermissten ein aktuelles Problem. Ich zähle darauf, dass die ukrainische Seite nicht weiter mit nicht begründeten Forderungen die Behandlung dieser wichtigen Frage blockieren wird, sondern Menschlichkeit und Mitleid gegenüber den Verwandten und Freunde der vermissten Personen zeigen wird. Ein Mechanismus für die Suche muss in kürzester Zeit ausgearbeitet und in Gang gebracht werden.

Im Verlauf des bevorstehenden Treffens müssen auf jeden Fall die Fragen der Übergabe der Dokumente an die Bürger, die im Ergebnis eines Austauschs auf das Territorium der DVR zurückgekehrt sind, die Bestimmung ihres rechtlichen Status, die Unterzeichnung einer Deklaration über die Verurteilung aller Arten von Folter, brutaler Behandlung, sexueller Gewalt und Drohung mit Gewalt gegenüber im Zusammenhang mit dem Konflikt festgehaltenen Personen gelöst werden.

Unsererseits erklären wir, dass die DVR für einen friedlichen Dialog offen und bereit ist, um den Konflikt im Donbass schnellstmöglich zu regeln“, erklärte sie.

de.sputniknews.com: **Putin outet Ziel der Schaffung einer „neuen Kirche“ in der Ukraine**

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview für serbische Medien die aktuelle Situation um die kirchlichen Angelegenheiten in der Ukraine eingeschätzt.

"Die Zuerkennung der Autokephalie an die ukrainische ‚neue Kirche‘ — der Versuch, die Splittergemeinden in der Ukraine zu legitimieren – ist eine grobe Verletzung der orthodoxen Kanone“, sagte Putin.

Den Behörden in Kiew sei sicherlich bewusst, dass die Versuche, die Gläubigen in ein fremdes Gotteshaus zu zwingen, ernsthafte Folgen haben könnten, so der Präsident. „Trotz alledem ist sie (ukrainische Führung – Anm. d. Red.) bereit, die interkonfessionelle Einheit im Land zu opfern, um eine auf der Feindessuche beruhende Wahlkampagne für den amtierenden Präsidenten der Ukraine durchzuführen und mit allen Mitteln die Macht zu behalten.“

Der russische Staatschef brachte die Überzeugung zum Ausdruck, dass die „neue Kirche“ ein politisches Projekt sei, das die Völker der Ukraine und Russlands voneinander entfremden solle. „Nicht von ungefähr hat man in Kiew schon eine ‚definitive Erlangung der Unabhängigkeit von Moskau‘ verkündet“, so Putin. Er versicherte zugleich, Moskau sei nicht gewillt, sich in die religiösen Prozesse in diesem Nachbarland einzumischen.

Die „neue Ukrainisch-Orthodoxe Kirche“ wurde im Dezember 2018 auf einem „Vereinigungskonzil“ in Kiew durch die Verschmelzung zweier nichtkanonischer kirchlicher Strukturen gegründet. „Metropolit“ Epiphanius Dumenko hat die Leitung der neuen „autokephalen Kirche“ übernommen. Die kanonische Ukrainisch-Orthodoxe Kirche hielt sich vom „Konzil“ fern. Die Russisch-Orthodoxe Kirche hat das „Konzil“ in Kiew für nichtig erklärt.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32360/75/323607555.jpg>

ukrinform.ua: **Ukraine lebt 1150 Tage ohne russisches Gas – Premier**

Die Ukraine lebe bereits 1150 Tage ohne die Lieferungen des Gases aus der Russischen Föderation.

Dies sagte Premierminister Wolodymyr Hrojsman bei der Sitzung der Regierung, meldet ein Ukrinform-Korrespondent.

Dem Premier zufolge sei der Beschluss im Jahr 2014, die Gaslieferungen aus Russland zu stoppen, ein Anstoß zu den Energieunabhängigkeit des Staates geworden und ermöglichte, dem Druck Russlands zu widerstehen.

"Vor uns steht die Aufgabe, nicht einfach den Gaslieferanten zu wechseln. Wir als ein Gas-Staat verfügen über Gaslagerstätten und können uns selbst, unsere Bedürfnisse - sowohl der Bürger, als auch der Wirtschaft - völlig decken", erklärte Hrojsman.  
Darüber hinaus betonte er, dass die Förderung des ukrainischen Gases steigen solle.

#### de.sputniknews.com: **US-Botschafter Grenell nennt Grund für Drohungen wegen Nord Stream 2**

Eventuelle US-Sanktionen gegen deutsche Unternehmen, die im russischen Energieexport-Sektor arbeiten, sind laut dem US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, darauf zurückzuführen, dass Washington sich angeblich Sorgen um die Energiesicherheit Europas sowie den Gastransit durch die Ukraine macht.

Wie Grenell in einem Interview mit der deutschen Zeitung „Rheinische Post“ sagte, hat Russland das Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 entwickelt, allein um den Gastransport über die Ukraine zu meiden. „Es wurde nur aus einem Grund entwickelt: Um für den Transport von russischem Gas auf dem Weg nach Europa eine alternative Route zu schaffen, die nicht durch die Ukraine führt“, sagte der Botschafter.

Außerdem äußerte Grenell, dass Nord Stream 2 negative Auswirkungen auf Europa haben werde. Laut dem US-Botschafter könnte Moskau Energie als Waffe gegen Europa einsetzen. „Hier steht die europäische Einheit auf dem Spiel“, sagte er. Dabei weigerte er sich zu sagen, welche konkreten Sanktionen die USA gegen deutsche Firmen in Zukunft verhängen können. Wie seinerzeit der österreichische Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) und der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) in einer gemeinsamen Erklärung äußerten, sei das wahre Ziel solch einer US-Politik, russisches Erdgas vom EU-Markt zu verdrängen, um das teure US-Flüssiggas dorthin zu verkaufen und so US-Arbeitsplätze zu sichern.

Energiemarkt-Experten haben bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass in Energieprojekten wie Nord Stream 2 keine Rede um eine einseitige Abhängigkeit des Kunden vom Lieferanten sein könne: Der Lieferant ist ebenso abhängig von dem Kunden, und alle Marktakteure tragen die gleiche Verantwortung.

#### **nachmittags:**

Dan-news.info: „Heute **starb am Kontroll- und Passierpunkt „Gorlowka“ eine Einwohnerin** von Gorlowka, geb. 1948, an einem Herzanfall“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

#### de.sputniknews.com: **USA fordern von Russland Vernichtung der Raketen 9M729**

Die USA haben Russland bei einem Treffen in der Schweiz zum INF-Vertrag zur Vernichtung seiner Raketen des Typs 9M729 aufgefordert. Dies besagt die von der ständigen UN-Vertretung der USA in Genf verbreitete Erklärung der für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit zuständigen US-Vizeaußenministerin Andrea Thompson.

„Unsere Botschaft war klar: Russland muss sein nicht dem Vertrag entsprechendes Raketensystem vernichten“, heißt es in der Mitteilung. Wie Thompson sagte, habe das Treffen in Genf bei Washington „Enttäuschung“ ausgelöst, da „Russland fortfährt, wesentlich gegen den Vertrag zu verstoßen und nicht bereit ist zu erklären, wie es zu seiner vollen und kontrollierbaren Einhaltung zurückzukehren gedenkt“.

#### *Russlands Position*

Wie seinerseits Russlands Vizeaußenminister Sergej Rjabkow erklärte, seien die USA zum

Treffen hinsichtlich des INF-Vertrags mit bereits vorbereiteter Schlusserklärung gekommen. Washington beabsichtige demnach nicht, den Argumenten der russischen Seite Gehör zu schenken und Moskaus Vorschläge konstruktiv aufzunehmen.

„Die amerikanischen Kollegen, die sich überzeugt haben, dass Russland keinem Druck und Ultimatum nachgibt, haben festgestellt, dass wir angeblich nicht zur Erfüllung des Vertrages bereit sind. Was aber ganz und gar nicht stimmt“, so Rjabkow.

Ergänzend sagte er, Russland habe das Treffen genutzt, um „der amerikanischen Seite eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Transparenz in Bezug auf die Raketen des Typs 9M729 (Nato Code: SSC-8) vorzuschlagen“. Zu dieser Transparenz sei Moskau in dem Fall bereit, wenn die USA im Gegenzug ebensolche Offenheit zum Abbau der Besorgnisse Russlands zeigen würden.

Anfang Dezember hatte der US-Außenminister Mike Pompeo gesagt, Russland habe 60 Tage Zeit, um „die Einhaltung des INF-Vertrages wiederaufzunehmen“. Sonst werde Washington seine Verpflichtungen zu dem Abkommen aussetzen. Die US-Vizeaußenministerin für Waffenkontrolle und internationale Sicherheit, Andrea Thompson, hatte Russland aufgefordert, entweder auf die Langstreckenrakete 9M729 (Nato-Code SSC-8) zu verzichten oder deren Reichweite zu verringern.

Wie Russlands Sekretär des Sicherheitsrates, Nikolai Patruschew daraufhin erklärte, habe die Reichweite der Rakete 9M729 bei den Testflügen 476 Kilometer betragen, was im zulässigen Rahmen der Bedingungen des INF-Vertrages liege.

Moskau und Washington werfen seit Jahren einander vor, den im Jahr 1987 zwischen den USA und der damaligen Sowjetunion geschlossenen INF-Vertrag über das Verbot von Raketen und Marschflugkörpern mit kürzerer und mittlerer Reichweite verletzt zu haben.

Russland weist jegliche Anschuldigungen zurück und plädiert für die Erhaltung des Vertrages als eines für die globale Sicherheit wichtigen Abrüstungsdokuments.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32360/84/323608473.jpg>

**Lug-info.com: Die erste Sitzung des Rats für Sozialpartnerschaft in der Bildung fand heute in der Lugansker Taras-Schewtschenko-Nationaluniversität statt.**

Der Bildungs- und Wissenschaftsminister der LVR Sergej Zemkalo erläuterte, dass der Rat im Herbst 2018 geschaffen wurde und im Dezember wurde durch einen Erlass des Ministeriums seine Zusammensetzung bestätigt.

Zemkalo erinnerte daran, dass im August 2018 der Ministerrat der LVR in einem Erlass die

Regelungen für die Verteilung und die Arbeitsplatzvermittlung von Absolventen der Bildungseinrichtungen festgelegt hat. Nach seinen Worten schafft die Gründung des Rats für Sozialpartnerschaft die Voraussetzungen für die Lösung von Problemen, die bei der Arbeitsplatzvermittlung von Absolventen auftreten können.

„Heute besteht das Probleme der Kommunikation und der Organisation von Kontakten zwischen Arbeitgeberern und dem Bereich der Ausbildung von Spezialisten. Wir sind daran interessiert, dass die Absolventen unserer Bildungseinrichtungen Arbeitsplätze erhalten und in unserer Republik gefragt sind, wie auch die Arbeitgeber sagen, dass es bestimmte Momente gibt, wo es einen Mangel an Kadern gibt“, sagte der Minister.

Ein weiteres Problem, mit dessen Lösung der Rat sich befassen wird, ist die der Produktionspraktika für Studenten.

Zemkalo erläuterte, dass im Rat für Sozialpartnerschaft sowohl Vertreter der ausführenden Staatsorgane als auch Arbeiter und Vertreter großer Unternehmen der Republik vertreten sind. Zum Vorsitzenden des Rats wurde der Prorektor für wissenschaftlich-pädagogische Arbeit der LNU Jurij Filippow gewählt.

„Ziel der Schaffung des Rats für Sozialpartnerschaft in der Bildung ist die Zusammenarbeit der Bildungseinrichtungen der mittleren Berufsbildung, der Bildungseinrichtungen der höheren Bildung mit interessierten Staatsorganen und Organen der örtlichen Selbstverwaltung, Unternehmen, Organisationen, Einrichtungen unabhängig von der Eigentumsform und Unternehmern zur Findung von Lösungen für grundlegende Probleme und perspektivische Fragen, die die Ausbildung hochqualifizierter Spezialisten betreffen sowie die Unterstützung bei der Arbeitsplatzvermittlung für Absolventen“, sagte der Vorsitzende des Rats....

Die Teilnehmer der Sitzung beschlossen, bis Februar einen Arbeitsplan des Rats für 2019 zu erstellen, bis März Empfehlungen zum Monitoring der Qualität der professionellen Kompetenzen von Absolventen der Bildungseinrichtungen der mittleren Berufsbildung und der höheren Bildung auszuarbeiten; Vorschläge zur Vervollkommnung des Mechanismus der Erstellung von zielgerichteten Anforderungen für die Ausbildung in den Bildungseinrichtungen durch die Verwaltungen der Städte und Bezirke der Republik zu erarbeiten; die Frage der Schaffung von Pilotprojekten für Praktika auf Basis von Unternehmen und Organisationen verschiedener Eigentumsform zu erarbeiten, eine Entwicklungskonzeption zur Zusammenarbeit von Bildungseinrichtungen der mittleren und höheren Bildung mit Objekten des Arbeitsmarkts der LVR auszuarbeiten.

#### de.sputniknews.com: **Lawrow: Berlin und Paris sollen für direkte Gespräche Kiews mit Donbass sorgen**

Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat Deutschland und Frankreich aufgerufen, die Regierung in Kiew zu direkten Verhandlungen mit den abtrünnigen Regionen im Osten der Ukraine zu bewegen.

„Es wäre besser, wenn unsere deutschen und französischen Kollegen, die im Normandie-Format schriftlich ihre Unterstützung für die Minsker Abkommen zugesichert haben, den Beginn direkter Verhandlungen über die Umsetzung des Minsker Maßnahmenplans erreichen“, sagte Lawrow auf einer Pressekonferenz in Moskau.

Er rief auch alle anderen Nationen, vor allem die USA, zu entsprechenden Bemühungen auf. Im Osten der Ukraine schwelt seit mehr als vier Jahren ein militärischer Konflikt, der laut UN-Angaben bereits mehr als 10.000 Menschen das Leben gekostet hat. Die ukrainische Regierung hatte im April 2014 Truppen in die östlichen Kohlefördergebiete Donezk und Lugansk geschickt, nachdem diese den nationalistischen Staatsstreich in Kiew nicht anerkannt und unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen hatten.

Deutschland und Frankreich sind neben Russland und der Ukraine Mitglieder des so genannten Normandie-Quartetts, das sich seit 2014 um die Beilegung des Konfliktes bemüht.

ukrinform.ua: **Präsident Poroschenko bedankt sich bei Außenministern Estlands, Litauens und Polens und für Unterstützung der Ukraine**

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko ist mit den Außenministern Estlands Sven Mikser, Litauens Linas Linkevicius und Polens Jacek Czaputowicz zusammengekommen. Der Staatschef bedankte sich bei den Außenministern für die Unterstützung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine und für eine entschiedene Verurteilung der aggressiven Handlungen Russlands durch ihre Länder, teilte die Pressestelle des Präsidenten.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Situation im Asowschen und Schwarzen Meer und die russischen Bedrohungen unter Berücksichtigung der Aggression gegen die ukrainischen Kriegsschiffe im November 2018 und der Gefangennahme der ukrainischen Marinesoldaten. Die Gesprächsteilnehmer betonten die Notwendigkeit der Erhöhung des internationalen Drucks auf Russland mit der Forderung, die ukrainischen Matrosen freizulassen und die gekaperten Schiffe zurückzugeben. Der Präsident informierte die Außenminister auch über die Lage im Donbass und die Verletzungen der Vereinbarungen von Minsk und der Waffenruhe durch Russland.

Poroschenko dankte den Ministern auch für ihr Engagement bei der Diskussionen über ein neues Sanktionspaket der EU gegen Russland im Zusammenhang mit der Aggression im Asowschen Meer. Er brachte auch seine Hoffnung über eine Erhöhung der EU-Hilfe für den Donbass und die Küstenregion des Asowschen Meer zum Ausdruck. Er schätzte in diesem Zusammenhang die Entscheidung der EU, eine Mission zur Bewertung Bedürfnisse der Region Ende Januar zu entsenden, sehr hoch ein.

Armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 16.01.2019**

**In den letzten 24 Stunden** hat der Gegner **neunmal das Regime der Feueereinstellung verletzt**. Von Seiten der ukrainischen bewaffneten Formationen wurden die Gebiete von **sieben Ortschaften der Republik beschossen**. Die **größte Feueraktivität** wurde von den Positionen der Kämpfer der 28. mechanisierten Brigade **auf den westlichen Rand von Donezk** festgestellt.

**In Richtung Donezk** wurden von den Positionen der 28., 93. mechanisierten Brigade und der 57. Panzergrenadierbrigade, die von den Kriegsverbrechern Martschenko, Klotschkow und Mischantschuk geleitet werden, aus die Gebiete von **Jasinowataja, Trudowskije, Staromichajlowka, Alexandrowka, Shabitschewo und das Gebiet des Flughafens von Donezk** mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Gorlowka** haben die Kriegsverbrecher der 58. Panzergrenadierbrigade unter Anführerschaft von Drapatyj das **Gebiet des Gagarin-Bergwerks** mit Schusswaffen, darunter großkalibrigen, beschossen.

Opfer unter der friedlichen Bevölkerung und Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur werden noch ermittelt.

Im Vorfeld des nächsten Treffens der Kontaktgruppe in Minsk führt die ukrainische Seite Maßnahmen zur Desinformation der Weltgemeinschaft bezüglich der Lage an der Kontaktlinie durch. Zu diesem Zweck ist im Gebiet der Operation der Besatzungskräfte eine Gruppe der führenden propagandistischen ukrainischen Massenmedien, die von der Administration des Präsidenten der Ukraine kontrolliert werden, eingetroffen.

So wurde in Krasnogorowka die Ankunft eines Filmteams des „5. Kanals“, der Poroschenko gehört, festgestellt. Ich unterstreiche, dass gerade in dieser Richtung Kämpfer der 28. Brigade in den letzten 24 Stunden die größte Zahl an provokativen Beschüssen durchgeführt haben. Außerdem haben sogenannte Journalisten, die Poroschenko ergeben sind, eine ganze Zeit im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade in Awdejewka gearbeitet. Dort haben die Propagandisten die ihnen gestellte Aufgabe zum Herausreden der ukrainischen

Kriegsverbrecher, die die Mitarbeiter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ beschossen haben, erfüllt.

Wie wir sehen, arbeiten die ukrainischen Kämpfer und Propagandisten in enger Verbindung. Die einen begehen Verbrechen, die anderen decken und unterstützen sie dabei in jeglicher Weise.

Wir erhalten Informationen, die die Tatsache bestätigen, dass die militärisch-politische Führung der Ukraine terroristische Methoden der Kriegsführung gegen die Bevölkerung des Donbass als vorrangig gewählt haben.

Im Zentrum zur Ausbildung von technischen Truppen in Kamenez-Podolskij im Oblast Chmelnyzskij findet ein Auswahlverfahren für Bürger zur dann folgenden Ausbildung im Sprengstoffwesen statt. Dabei werden eine Reihe von Anforderungen an die Kandidaten gestellt: sie müssen aus Donezk oder dem Donezker Oblast stammen, diese Region gut kennen, insbesondere grundlegende Objekte der zivilen Infrastruktur, die Lage von Brücken, Eisenbahnstationen; ihre Verwandten müssen auf dem von Kiew kontrollierten Territorium leben. Die Ausbildung weiterer Mörder wird durch Sprengstoffspezialisten aus westlichen Ländern erfolgen. Nach dem Durchlaufen des Kurses werden die ausgebildeten Terroristen in Diversionsgruppen der ukrainischen bewaffneten Formationen aufgenommen werden.

de.sputniknews.com: **Nato-Insel vor Kaliningrad? So erweitert Polen sein Territorium**

Schon in zwei Jahren könnte unweit von Kaliningrad eine künstliche polnische Insel entstehen. Die Marineverwaltung der Stadt Gdynia hat inzwischen eine Ausschreibung für entsprechende Bauarbeiten auf der Frischen Nehrung ausgerufen. Wer das Projekt umsetzen wird, wird im März bekanntgegeben.

Es handelt sich dabei um eine künstliche Insel im Frischen Haff, südöstlich vom Kanal, der durch die Frische Nehrung gebaut werden soll.

Den Kanal gibt es noch nicht – das Projekt zu seinem Bau wurde ins Leben gerufen, damit Polen einen offenen Zugang zur Ostsee bekommt. Aktuell verläuft der einzige Schifffahrtsweg zwischen den polnischen Häfen und der Ostsee durch das russische Binnengewässer im Gebiet Kaliningrad. Voraussichtlich wird der Kanal durch die Frische Nehrung 1,3 Kilometer lang und fünf Meter tief sein, so dass kleinere Seeschiffe den Hafen Elbląg erreichen könnten.

Der Name der künftigen polnischen Insel ist noch unbekannt – auf den Landkarten des Projekts wird sie einfach als „künstliche Insel“ bezeichnet. Sie wird aus Schlick und Sand aufgeschüttet, die beim Ausheben des Kanals gewonnen werden. Die Insel wird fast zwei Kilometer lang und 1,2 Kilometer breit sein. Sie wird etwa zwei bis drei Meter über dem Meeresspiegel liegen und eine Fläche von 181 Hektar haben. Die Kosten des Vorhabens werden auf etwa 234 Millionen US-Dollar geschätzt. Allerdings zeigen sich viele Experten diesbezüglich pessimistisch und halten diese niedrige Summe für unrealistisch.

Andere Details dieses Projekts wurden nicht veröffentlicht. Bekannt ist lediglich, dass die Insel für Besucher bzw. Touristen geschlossen sein wird. Dadurch entstehen allerdings diverse Verschwörungstheorien hinsichtlich der künftigen Bestimmung der künstlichen Insel. Sehr umstritten finden dieses Projekt auch Umweltexperten, die negative Folgen durch die Bauarbeiten für die regionale Tier- und Pflanzenwelt fürchten.

Übrigens wird das nicht die erste künstliche Insel in Polen sein. In der Danziger Bucht gibt es schon das Objekt Formosa, das von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs errichtet wurde. Damals wurden dort Torpedos hergestellt und getestet. Im russischen Hoheitsgewässer im Gebiet Kaliningrad liegt die künstliche Insel Nassypnoi, die in den 1930er Jahren ebenfalls von den Deutschen errichtet wurde. Die neue polnische Insel wird allerdings 100 Mal größer sein.

Der Sprecher der Regierung des Gebiets Kaliningrad, Dmitri Lyskow, zeigte sich in einem Interview für Sputnik überzeugt, dass es sich um eine PR-Kampagne handele, denn die

polnischen Behörden wollen den Abfall, der beim Ausheben des Kanals entstehen werde, auf diese Weise entsorgen und dadurch Geld sparen. Zugleich verwies er darauf, dass der Kanalbau mit der EU-Kommission noch nicht vereinbart worden sei.

Der Politologe Nikolai Topornin von der Moskauer Hochschule für internationale Beziehungen (MGIMO) sagte, dass die neue Insel als eine Art „Argument“ in der internationalen Arena genutzt werden könnte. „Die Informationen über den Insel-Bau lassen sich als Versuch bewerten, die Reaktionen der Öffentlichkeit zu testen. Mit künstlichen Inseln verbundene Fragen sind im Völkerrecht noch nicht geregelt, und ihre Regelung könnte mit der Verschiebung von territorialen und wirtschaftlichen Grenzen verbunden sein. Und das müsste mit Nachbarländern, gegebenenfalls mit Russland, abgesprochen werden“, betonte der Experte.

Nicht auszuschließen ist auch folgende Version: Die Insel und der Kanal durch die Frische Nehrung könnten Teil der Nato-Infrastruktur werden. In Elbląg befindet sich nämlich der Stab der „Nord-Ost“-Division der Allianz sowie der Stab einer von vier polnischen Heeres-Divisionen. In Warschau behauptet man, dass der Kanalbau Schiffen den Zugang zu Elbląg ermöglichen soll. Aber aus der Sicht von realen Güterbeförderungen wäre das vor allem für die Entwicklung der militärischen Infrastruktur günstig. Deshalb scheint dieses Projekt ein alternativer Weg für die Versorgung des dortigen US-Militärstützpunktes zu sein, ohne wirtschaftliche Aufgaben als solche zu erfüllen.

### **Mil-Inr.info: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant A.W. Marotschko**

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und **bleibt angespannt**.

**In den letzten 24 Stunden** hat der Gegner das **Regime der Feueereinstellung dreimal verletzt**.

Von den Positionen der 10. Gebirgssturmgruppe der ukrainischen Streitkräfte aus wurden auf Befehl des Kriegsverbrechers Subanitsch die Gebiete von **Donezki und Shelobok** mit 82mm-Mörsern, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

**Im Vorfeld der Ankunft einer Delegation unter Leitung des Vorsitzenden der OSZE Miroslav Lajčák im Donbass** hat das Kommando der sogenannten OOS eine groß angelegte Operation zur Diskreditierung der Volksmiliz der LVR eingeleitet. So beschießen Einheiten der ukrainischen Streitkräfte gemäß einem Bericht der OSZE-Mission Ortschaften der Republiken und versuchen die Erwidern des Feuers von Seiten der Einheiten der Volksmiliz zum Zeitpunkt des Aufenthalts von OSZE-Mitarbeitern in unmittelbarer Nähe zu erreichen, die dann nach dem Plan der Provokateure in das erwidernde Feuer der Verteidiger der LVR geraten sollen.

Solche Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte haben eine direkt entgegengesetzte Reaktion der Beobachter der Mission hervorgerufen, die die Situation an der Kontaktlinie adäquat einschätzten und Beschüsse von der ukrainischen Seite auf Ortschaften der Republik feststellten und den Ort des Geschehens verließen, weil sie um ihre Sicherheit fürchteten. Gemäß dem Bericht der OSZE-Mission haben die Kämpfer der 10. Gebirgssturmgruppe ein Wohnhaus in Krjakowka zur Ausrüstung von Feuerpositionen und einen provokativen Beschuss des Territoriums der LVR genutzt, das sich 40 Meter von der OSZE-Patrouille entfernt befand, was erstens eine Verletzung internationalen humanitären Rechts ist und zweitens das Leben und die Gesundheit der Mitarbeiter der Mission gefährdet.

Die Soldaten der Volksmiliz der LVR ihrerseits hielten das Regime der Feueereinstellung genau ein und gingen nicht auf die Provokationen des Gegners ein.

Der moralisch-psychische Zustand der Soldaten der ukrainischen Streitkräfte bleibt niedrig.

Im Zusammenhang mit den zunehmenden Fällen von eigenmächtigem Verlassen des Dienstortes in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte wurde im Gebiet von Laskutowka

im Verantwortungsbereich der 54. Brigade die Arbeit des militärischen Rechtsordnungsdienstes bemerkt. Allein in der letzten Woche wurden mehr als 50 Fälle von eigenmächtigem Verlassen der Positionen festgestellt.

Wir stellen weiter Fälle von Diebstahl von Treibstoff in den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte fest. So wird in der 72. Brigade im Zusammenhang mit der ungesetzlichen Hinterziehung von Treibstoff die Ankunft einer Kommission des Stabs der OOS zu erwarten, um den Umfang des unterschlagenen Treibstoffs zu bewerten.

Die Volksmiliz der LVR hält das „Regime der Ruhe“ und die Minsker Vereinbarungen ein. Wir sind auf eine Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg eingestellt, aber im Fall einer Verschärfung der Lage behalten wir uns das Recht auf erwidern Gegenmaßnahmen vor.

de.sputniknews.com: **Damaskus will sich mit allen verfügbaren Mitteln gegen „türkische Aggression“ wehren**

Ankara bereitet laut dem syrischen Außenministerium einen neuen Aggressionsakt gegen die Arabische Republik vor. Damaskus will sich mit allen verfügbaren Mitteln dagegen verteidigen. So reagierte Syrien auf die Erklärung des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdogan, wonach die Kurden nicht an der Bildung einer Sicherheitszone teilnehmen würden. Wie der Pressedienst der Behörde unter Verweis auf eine Quelle mitteilte, seien Erdogans Erklärungen ein Beweis dafür, dass die Türkei „die Terroristen bei Verhandlungen in Astana (Kasachstans Hauptstadt) beschützt und nur die Sprache der Okkupation und Aggression spricht“.

„Syrien wird den Versuch, seine territoriale Integrität zu verletzen, als eine offensichtliche Aggression und Okkupation sowie als Unterstützung des internationalen Terrorismus und als einen Anstoß zu dessen Ausweitung seitens der Türkei betrachten, gegen welchen Syrien bereits acht Jahre lang kämpft“, heißt es.

Damaskus will mit allen verfügbaren Mitteln laut dem Außenministerium sein Territorium vor jeglicher Aggression schützen, darunter auch „vor der türkischen Okkupation“.

Am Dienstag hatte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan erklärt, dass die kurdischen Selbstverteidigungskräfte YPG nicht an der Bildung einer Sicherheitszone im Norden Syriens teilnehmen würden.

US-Präsident Donald Trump hatte Ankara zuvor mit Wirtschaftsmaßnahmen gedroht, sollte es die syrischen Kurden angreifen. Das löste eine scharfe Reaktion seitens Ankaras aus. Zudem hatte Trump betont, die Bildung einer 30 Kilometer tiefen Pufferzone in Syrien sei nötig. Zuvor hatte Recep Tayyip Erdogan die Bereitschaft von Ankara verkündet, eine Operation am Ostufer des Euphrat sowie in der syrischen Stadt Manbidsch gegen die kurdischen Volksverteidigungseinheiten YPG einzuleiten, wenn die Vereinigten Staaten sie von dort nicht abziehen sollten. Nach einem Telefongespräch mit Donald Trump und angesichts des erklärten US-Truppenabzugs entschied sich Erdogan jedoch, den Beginn der Militäroperation in Syrien zu verschieben.

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin tauschte die Bürgermeister von Jenakiewo, Schachtjorsk, Tores, Sneschnoje sowie der Bezirke Amwrosiewka und Telmanowo aus. Entsprechende Erlasse wurden heute veröffentlicht.

Bürgermeister von Jenakiewo wurde Roman Chramenkow, zuvor war dies Dmitrij Lysenko.

Bürgermeister von Schachtjorsk wurde Alexandr Schatow, zuvor war dies Alexej Schwydkij.

Bürgermeister von Tores wurde Dmitrij Lysenko, zuvor war dies Alexandr Serikow.

Bürgermeister von Sneschnoje wurde Alexandr Skorzow, zuvor war dies Andrej Darkowskij.

Leiter des Amwrosiewka-Bezirks wurde Igor Lysow, zuvor war dies Nikolaj Tarasenko.

Leiter des Telmanowo-Bezirks wurde Alexandr Spinul, zuvor war dies Alexandr Sursjakow.

de.sputniknews.com: **Russland: Chef der größten Bank nennt einzigen Weg, Korruption zu besiegen**

Die Schaffung einer staatlichen digitalen Plattform, die dem Markt ermöglicht, Informationen über die Aktivitäten von Beamten zu erhalten, wird laut dem Chef der russischen Sberbank, German Gref, dazu führen, dass die Korruption in Russland als Phänomen verschwindet.

Digitalisierung sei der einzige Weg, die Korruption im Land zu bekämpfen.

„Wenn eine staatliche Plattform geschaffen wird, dann gibt es wenig Spielraum für Korruption, weil, wenn es eine transparente digitalisierte Prozessaktivität gibt, die für den Markt zugänglich ist, und wenn jede Entscheidung eines Beamten von der Expertengemeinschaft analysiert werden kann und daraufhin die Bewertung dieser Entscheidung preisgegeben wird, beginnt die Korruption als Phänomen zu verschwinden“, sagte Gref am Rande des Gaidar-Forums.

Er sehe keinen anderen Weg zur Bekämpfung der Korruption als die Digitalisierung, so der Sberbank-Chef weiter.

Die Ministerien werden ihm zufolge versuchen, ihre eigenen geschlossenen Systeme aufzubauen, und „dies durch staatliche Sicherheit, staatliche Interessen und die Fähigkeit des Staates zur Verfolgung einer unabhängigen Politik zu rechtfertigen“. „Sie werden dafür kämpfen, um Geld zu erhalten, und ihr eigenes geschlossenes System aufzubauen, in das sie niemanden hineinlassen werden“, fügte Gref hinzu.

„Daher ist es wichtig, dass jene Personen, die für diese Funktion Verantwortung tragen werden, unter anderem Maxim Alexejewitsch (Vizepremier Maxim Akimow – Anm. d. Red.), über genügend Befugnisse und über eine absolute Unterstützung des Präsidenten sowie des Ministerpräsidenten des Landes verfügen, aber auch einen finanziellen Einflusshebel in Bezug auf die Finanzierung von Ministerien und ihre Definition einer Politik zur Schaffung dieser Expertenbarrieren haben“, so der Sberbank-Chef weiter.

Das Gaidar-Forum „Russland und die Welt: Nationale Entwicklungsideen und globale Trends“, das aktuell den 10. Jahrestag seines Bestehens feiert, findet vom 15. bis zum 17. Januar 2019 in Moskau statt.

Vk-Seite der Union der Kommunisten des Lugansker Lands: **In der LVR ist die Ausgabe von Neujahrsgeschenken der KPRF für Kinder beendet**

Mehr als 14.000 Kinder der LVR erhielten Neujahrsgeschenke von der KPRF. Mit Hilfe der Lugansker Kommunisten gelang es, in mehr als 50 Erholungs- und Bildungseinrichtungen für Kinder, Künstler- und Sportkollektive und Kinderheime zu gratulieren. Mehr als 2000 Geschenke wurden für Kinder gefallener Soldaten an die Volksmiliz der LVR gegeben. Auch die Einwohner der frontnahen Territorien bleiben nicht ohne Aufmerksamkeit. Der erste Sekretär des ZK der KP der LVR Igor Gumenjuk besuchte Bolschaja Wergunka und Krasnyj Jar, wo er bedürftigen Kindern Geschenke überreichte. Der Abgeordnete des Volkssowjets der LVR, der Kommunist Oleg Popow, gratulierte den Schülern des Spezialkinderheims in Irmino und der Perwomajsker Kunstschule für Kinder. Neben Geschenken für Kinder erhielten Organisationen von Behinderten, kinderreiche Familien und bedürftige Bürger mehr als 10 Tonnen humanitäre Hilfe von der KPRF. ...

de.sputniknews.com: **Maas: „Russland gehört in den Europarat mit allen Rechten und Pflichten“**

Bundesaußenminister Heiko Maas hat für die vollwertige Mitgliedschaft Russlands im Europarat plädiert. Denn ein Austritt wäre laut Maas ein „schwerer Schlag für den Menschenrechtsschutz“ im Land.

Maas traf am Dienstag den Generalsekretär des Europarats, Thorbjørn Jagland. Anlass des

Gesprächs war die Krise, die der internationalen Organisation aufgrund des Streits mit Russland droht, heißt es auf der Webseite des Auswärtigen Amtes.

„Russland gehört in den Europarat und zwar mit allen Rechten und Pflichten“, sagte Maas in Straßburg.

Seit 2017 zahlt Russland keine Beiträge im Europarat mehr. Moskau hatte auf die Zahlungen verzichtet, nachdem die parlamentarische Versammlung des Europarats vor dem Hintergrund der Ereignisse auf der Halbinsel Krim, die im Westen als „Annexion“ bewertet werden, der russischen Delegation das Stimmrecht entzogen hatte.

Wenn die Beiträge nicht bald beglichen werden, werde das Land gemäß den Regeln der Organisation wichtige Rechte zur Mitbestimmung verlieren. „Wir sehen mit Sorge, dass sich Russland vom Europarat immer weiter entfernt“, so der Bundesaußenminister weiter.

Maas soll vor dem Austritt Russlands aus der Organisation gewarnt haben: Dies würde sich sehr negativ auf die Menschenrechte im Land auswirken. Er unterstütze die Bemühungen, den Streit beizulegen.

Ziel sei es, zu ermöglichen, dass Russland in dem Gremium wieder mitwirken könne. „Dafür ist es wichtig, dass Russland seine Beiträge wieder zahlt“, betonte Maas.

In der Parlamentarischen Versammlung müsse zudem ein Weg gefunden werden, um das Stimmrecht Russlands wieder zu gewährleisten.

lug-info.com: Das Oberhaupt der LVR Leonid Pasetschnik schließt personelle Veränderungen aufgrund der kritischen Situation, die in der Republik mit der Schneeräumung der Straßen entstanden ist, nicht aus.

Im Januar fielen ergiebige Niederschläge in Form von Schnee auf das Territorium der LVR, auf den Straßen bildeten sich Schneeverwehungen, starker Wind führt zur Bildung Schneebergen. Im Zusammenhang mit den schwierigen Wetterbedingungen wurde in der LVR die maximal mögliche Zahl an Technik eingesetzt.

„Trotz der Vorbereitung auf die Menge von Niederschlägen halte ich die Ausführung der Räumungsarbeiten auf den Straßen durch die verantwortlichen Dienste und Behörden der Republik für nicht zufriedenstellen. Nachdem ich Schlüsse aus den operativ eingehenden Informationen über den Kampf gegen die Folgen des schlechten Wetters erhalten habe, schließe ich kadermäßige Veränderungen nicht aus“, sagte Pasetschnik.

„Derzeit herrscht in der Republik eine kritische Situation bei der Schneeräumung der Straßen. Es ist wichtig zu begreifen, dass wir jetzt erst in der Mitte des Winters sind und wir müssen die Zusammenarbeit zwischen den Fachdiensten organisieren, um die Situation auf den Straßen zu verbessern und den Bürgern einen sicheren Verkehr auf dem Territorium der Republik zu gewährleisten“, sagte das Oberhaupt der LVR.

de.sputniknews.com: **Moskau: USA wollen Russland in Nahost verunglimpfen, Hinweise auf US-Deals mit IS**

Das russische Außenministerium hat am Mittwoch Vorwürfe gegen die USA erhoben: Die Behörde wirft Washington mögliche Kontakte zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) vor. Die USA wollen laut dem Außenministerium zudem Russland der Unterstützung des IS beschuldigen.

US-Spezialstreitkräfte hätten offenbar ein Gefängnis mit IS-Mitgliedern in Afghanistan gestürmt, um möglicherweise zu verhindern, dass die Finanzierungsquellen der Terroristen bekannt würden, heißt es in einer Mitteilung auf der Webseite der Behörde.

„Es geht um die jüngste Erklärung der Taliban über das gezielte Erstürmen eines Gefängnisses in der afghanischen Provinz Bagdis durch US-Spezialstreitkräfte. Dort befanden sich IS-Kämpfer, die im August 2018 im Norden Afghanistans gefangengenommen worden waren“, hieß es. Die Terroristen seien an einen unbekanntem Ort gebracht worden.

Nach einigen Angaben befanden sich auch russische Bürger und Bürger aus Zentralasien unter den befreiten Terroristen. „Dieses Interesse an den IS-Mitgliedern legt den Gedanken nahe, dass die USA mit dieser Aktion möglicherweise das Durchsickern von Informationen verhindern wollten, die die IS-Kämpfer bezüglich ihrer wahren Sponsoren offenbaren könnten“, hieß es weiter.

Das Außenministerium in Moskau will zudem von Plänen der US-Geheimdienste erfahren haben, Russland eine Verbindung zum IS vorzuwerfen. Zu diesem Zweck bereiteten US-Geheimdienste „Einwürfe“ in afghanischen Medien und Medien einer Reihe westlicher Länder vor. Die Behörde rief Washington dazu auf, auf „Intrigen“ rund um Afghanistan zu verzichten und zu einer friedlichen Regelung im Land beizutragen.

Abdullah Afzali, der Vize-Vorsitzende des Provinzrates von Bagdis, bestätigte gegenüber Sputnik, dass die Terroristen von ausländischen Soldaten befreit wurden: „Vor drei Tagen hatten ausländische Militärs das Gefängnis im Bezirk Panjboz umstellt, wo sich IS-Kämpfer befanden, die vor fünf Monaten von den Taliban gefangengenommen worden waren.“

Die ausländischen Soldaten hätten bis zu 30 Taliban-Mitglieder getötet, die das Gefängnis bewacht hätten. Die Militärs hätten daraufhin 38 IS-Mitglieder befreit. Die Operation sei in der Nacht durchgeführt worden